

## Feri Trust ist bester Vermögensmanager

Institut gewinnt zum zweiten Mal in Folge bei der jährlichen Untersuchung der Fuchsbriebe zur Beratung im Private Banking

Bei der diesjährigen Untersuchung der *Fuchsbriebe* zur Beratungsqualität im Private Banking hat sich wie im Vorjahr der Bad Homburger Vermögensverwalter Feri Trust durchgesetzt. Der bankenunabhängige Verwalter konnte nach Aussage der Veranstalter in allen vier untersuchten Disziplinen (Beratungsgespräch, Vermögensstrategie, Portfolioqualität, Transparenz) überzeugen. Auf den Plätzen folgten die DZ Privatbank aus Luxemburg vor der Bank Sarasin (Deutschland), Hauck & Aufhäuser Privatbankiers (Luxemburg) und die Walser Privatbank, die zum österreichischen Raiffeisenverbund gehört. Bestes Institut in Liechtenstein war die LGT Bank auf Rang 9 des Gesamtklassments, bester Anbieter in der Schweiz war Credit Suisse Private Banking (Rang 13). Die Leistungen im oberen Drittel wurden in diesem Jahr aber insgesamt sehr gut bewertet, sodass die Ergebnisse sehr eng beieinander lagen. Drei Häuser erhielten das Qualitätsurteil „Top-Anbieter“, weitere zehn wurden mit „herausragend“ bewertet.

Für die einmal jährlich vergebenen Auszeichnungen führen die Fuchsbriebe zusammen mit Partnern mehr als 100 Beratungsgespräche durch, mit denen die mündliche und schriftliche Qualität bei Neukunden in der Erstberatung überprüft wird. Dabei zeigt

sich, dass kleinere Privatbanken und unabhängige Vermögensverwalter oft bessere Leistungen erbrachten. Große Anbieter hätten indes oft Schwierigkeiten, die Qualität durchgängig sicherzustellen, so die Initiatoren. Erkennbar sei dies insbesondere bei stark expandierenden Häusern. Sie seien derzeit beinahe zwangsläufig auch dem Problem ausgesetzt, dass es nicht genügend gut ausgebildete Berater am Markt gebe.

Das aktuelle Testergebnis hat auch Auswirkungen auf die langfristige „Ewige Bestenliste“: Hier rückt die DZ Privatbank (LUX) auf den ersten Platz vor und verdrängt die Bank Julius Bär von der Spitze. Dahinter folgen Hauck & Aufhäuser (LUX) und Feri Trust.

Details zu den diesjährigen Ergebnissen und der Gesamtreport „Tops 2013 – Wer hat das Risiko im Griff?“ (64 €) sind über die Seite [www.pbpi.de/gipfel2012](http://www.pbpi.de/gipfel2012) abrufbar. *DZB*

### TOP 5 im Private Banking

Rang	Name	Land	Punkte
1.	Feri Trust GmbH	DE	86,8
2.	DZ Privatbank S.A.	LU	85,4
3.	Bank Sarasin AG	DE	83,1
4.	Hauck & Aufhäuser S.A.	LU	81,6
5.	Walser Privatbank AG	AT	80,8

Quelle: Fuchsbriebe

## EFG Financial Products gibt Börsendebüt

Konzernmutter hat ihre Beteiligung auf 20 Prozent reduziert

Das Schweizer Emissionshaus EFG Financial Products AG hat am 19. Oktober nach erfolgreichem IPO den Börsenhandel seiner Aktien gestartet. Die Notierung erfolgt ausschließlich an der SIX Swiss Exchange (ISIN CH019891181). Der Ausgabepreis lag bei 45 Schweizer Franken und damit in der Mitte der Bookbuilding-Spanne. Im Zuge des Börsengangs hat die ehemalige Konzernmutter EFG International ihre Beteiligung von zuvor rund 58 Prozent auf jetzt nur noch 20,3 Prozent reduziert. Weitere gut 25 Prozent halten die Gründungspartner, knapp sechs Prozent die Mitarbeiter

der jetzt eigenständigen EFGFP. Der Streubesitz beläuft sich damit auf 48,5 Prozent.

Zwischen EFGFP und der ebenfalls börsennotierten EFG International wurde ein auf fünf Jahre befristeter Kooperationsvertrag geschlossen, der unter anderem die Zusicherung von Kreditlinien in einem Umfang von bis zu 500 Millionen Franken sowie die Gewährung weiterer Sicherheiten in gleicher Höhe vorsieht. In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres hat EFGFP einen Nettogewinn von 10,4 Millionen Franken erzielt. Das Jahresergebnis wird am 21. Februar veröffentlicht. *DZB*

## Veranstaltungen

 **DZB unterwegs** & HSBC  Trinkaus

### Technischer Ausblick 2013

Roadshow mit Experten von HSBC Trinkaus

- 07. Januar 2013 – Hannover
- 08. Januar 2013 – Hamburg
- 09. Januar 2013 – Berlin
- 14. Januar 2013 – Frankfurt
- 15. Januar 2013 – Stuttgart
- 16. Januar 2013 – München
- 17. Januar 2013 – Düsseldorf

Beginn ist jeweils um 17 Uhr. Die Teilnahme ist für Abonnenten des *DZB* kostenfrei.

Anmeldung und Informationen unter: [www.zertifikateberater.de/unterwegs](http://www.zertifikateberater.de/unterwegs)

**DZB unterwegs** Der Börsentag Dresden wird auch 2013 wieder als Rahmen für einen *DZB Kongress* dienen. Bei der ganztägigen Veranstaltung am 19. Januar wird ein Ausblick auf das kommende Jahr im Mittelpunkt stehen. Der Kongress ist FPSB-registriert. Detaillierte Informationen zum Programm und den Anmeldemodalitäten für Messe und Kongress gibt es in Kürze auf [www.zertifikateberater.de/kongress](http://www.zertifikateberater.de/kongress).

**DZB Webinare** Der DZB bietet im Dezember und Januar wieder kostenfreie Online-Schulungen an. Das Webinar am 6. Dezember ist ein weiteres Angebot der *DZB Akademie* zur Vertiefung des Beitrags zu Reverse Bonuszertifikaten auf den Seiten 48/49 dieser Ausgabe. Am 24. Januar heißt das Thema dann „Regulierung 2013 – Was wird aus der Beratung?“ Die Schulungen beginnen jeweils um 16 Uhr. Registrierung (ab sofort möglich) und Teilnahme auf: [www.zertifikateberater.de/webinar](http://www.zertifikateberater.de/webinar)

**Anlegermessen** Die Termine für die beiden wichtigsten großen Fachmessen im kommenden Jahr stehen fest: Am 22. und 23. März 2013 lädt die Deutsche Anlegermesse ins Messeforum Frankfurt ein. Die Invest in Stuttgart hat ihr Programm in diesem Jahr auf zwei Tage verkürzt und wird am 19. und 20. April 2013 abgehalten. Im Themenpark Euwax werden dabei auch wieder alle namhaften Zertifikateemittenten vertreten sein. Weitere Informationen zu den Messen gibt es im Internet auf: [www.deutsche-anlegermesse.de](http://www.deutsche-anlegermesse.de) beziehungsweise [www.messe-stuttgart.de/invest](http://www.messe-stuttgart.de/invest).

## Aktuelle Urteile

**Lehman Brothers** ● Der BGH hat zwei neue Entscheidungen zu Lehman-Fällen getroffen. Im ersten wurde die Revision der Klägerin abgewiesen (Az.: XI ZR 368/11). Sie hatte 2007 Lehman-Zertifikate erworben und war bereits in den Vorinstanzen erfolglos gewesen. Begründung: Sie sei eine erfahrene Anlegerin, die auch vor und nach dem Kauf der Lehman-Papiere riskante Wertpapiere erworben habe. Dass die Bank über ihre Gewinnmarge nicht informierte, sei nicht als Verletzung der Beratungspflicht zu werten. Die zweite Kundenklage wurde zur Neuverhandlung an das Berufungsgericht zurückverwiesen – auch dies ist zum Nachteil der Klägerin, die in der Vorinstanz erfolgreich gewesen war (Az.: XI ZR 367/11). Das Gericht stellte auch hier fest, dass die Bank ihre Aufklärungspflichten nicht verletzt habe, indem sie ihre Gewinnmarge nicht angab.

**Optionsscheinverluste** ● Verfallene Zertifikate und Optionsscheine wertlos, konnten die Verluste bislang steuerlich nicht angerechnet werden. Für die Finanzämter zählte der wertlose Verfall nicht als Veräußerung. Nun liegt ein neues Urteil vor, das sich auf die Zeit vor Einführung der Abgeltungsteuer bezieht: Der BFH hat entschieden, dass wertlos verfallene Finanzprodukte als Werbungskosten zu berücksichtigen sind (Az. IX R 50/09). Wie mit Fällen ab 2009 verfahren wird, lässt sich daraus zwar nicht direkt ableiten. Anleger dürfen aber hoffen, dass die Vorgehensweise auf die Zeit der Abgeltungsteuer übertragen wird.

**Postbank Finanzberatung** ● Die juristischen Vertreter von 25 geschädigten Anlegern haben Medienberichten zufolge vor der Staatsanwaltschaft Hannover Strafantrag gegen den Vorstand der Postbank Finanzberatung gestellt. Der Vorwurf lautet auf „gewerbsmäßigen Betrug“ und betrifft vor allem die Vermittlung von Schiffsbeteiligungen. In einem anderen Fall berichtete der BSZ e.V. im Oktober von einem zu Gunsten des Klägers entschiedenen Fall vor dem LG Heilbronn zu vorsätzlicher Falschberatung der Postbank bei einem Expresszertifikat der HVB.

## BaFin präzisiert PIB-Anforderungen

### Aufsicht verlangt keinen Ausweis von Vertriebsprovisionen

Die BaFin hat in einem aktuellen Rundschreiben weitere Präzisierungen zu den Anforderungen an die Erstellung der seit Juli 2011 in der Anlageberatung gesetzlich vorgeschriebenen Produktinformationsblätter (PIB) vorgenommen. Demnach sind die PIB grundsätzlich so zu verfassen, dass sie von einem „durchschnittlich informierten Anleger“ ohne besondere Vorkenntnisse verstanden werden können. Davon abweichend eröffnet die BaFin aber erstmals die Möglichkeit, den Adressatenkreis bei einzelnen PIB einzugrenzen und ihn beispielsweise auf Anleger zu beschränken, die Erfahrungen im Umgang mit Optionsscheinen haben und über die entsprechenden Fachkenntnisse verfügen. Die Produkte dürfen dann nur dieser Zielgruppe angeboten werden.

Bei den allgemeinen PIB betont die BaFin noch einmal, dass schon die Verwendung einfacher Währungskürzel, wie NOK für die Norwegische Krone, als unzulässige, nicht für jedermann verständliche Abkürzung ge-

wertet wird und damit nicht den Anforderungen genügt. Eine Verschärfung stellt auch die in dem Rundschreiben explizit genannte „Aktualisierungspflicht“ dar. Ein Verweis, dass die Angaben des PIB nur zum Zeitpunkt der Erstellung Gültigkeit haben, reicht nicht.

Auch die speziell bei den PIB der meisten Emittenten verwendete allgemeine Aufzählung marktpreisbestimmender Faktoren ohne eine genauere Einordnung zu Art und Richtung der damit verbundenen Preiseffekte wird als unzureichend bezeichnet. Darüber hinaus werden auch reine Brutto-Berechnungen der Renditechancen als nicht gesetzeskonform zurückgewiesen. Stattdessen müsse eine Netto-Kalkulation unter Berücksichtigung aller Kosten erfolgen. Bei den konkret im PIB auszuweisenden Kosten weicht die BaFin dagegen von bisherigen impliziten Vorgaben des BMELV ab und betont, dass der Ausweis von Vertriebsprovisionen „aufsichtsrechtlich nicht verlangt“ werde. **DZB**

## Honorarberatung wird gesetzlich verankert

### Institute müssen sich entscheiden: Keine Mischmodelle mehr

Das Bundesfinanzministerium (BMF) hat den lang erwarteten Gesetzentwurf zur Honorarberatung vorgelegt. Damit soll mehr Transparenz geschaffen werden, sodass sich Kunden künftig bewusst zwischen der provisionsgestützten Anlageberatung und der Honorarberatung entscheiden können.

Erst Ende Oktober hatte das Europäische Parlament über ein komplettes Verbot der Provisionsberatung diskutiert, sich dann aber dagegen entschieden. Die neuen gesetzlichen Vorgaben sehen nun vor, dass sich „Honorar-Anlageberater“ in Zukunft nur nennen darf, wer ausschließlich gegen Honorar berät. Sind Finanzinstrumente nicht provisionsfrei erhältlich, darf der Honorar-Anlageberater Zuwendungen annehmen, muss diese aber „unverzüglich und ungemindert“ an den Kunden weiterleiten. Mischmodelle sind somit nicht mehr erlaubt. Zudem müssen Institute (Banken

oder Haftungs-dächer) entweder ausschließlich „Honorar-Anlageberatung“ anbieten oder einen organisatorisch, funktional und personell klar getrennten Geschäftsbereich zur Provisionsberatung einführen. Eine Bezeichnungspflicht für Vermittler, die auf Provisionsbasis agieren, wie vom Verbund Deutscher Honorarberater gefordert, enthält der Gesetzentwurf allerdings nicht.

Der Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV) kritisiert vor allem, dass der Entwurf die Honorarberater nach Produkten einteile. Neben Beratern für Versicherungen soll es demnach künftig einen „Honorarberater“ für geschlossene Fonds und einen für Wertpapiere wie Aktien oder Zertifikate geben. Honorarberatung könne nicht funktionieren, wenn sie auf einzelne Produkte beschränkt werde, so der VZBV. Das Gesetz soll noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden und dann auch in Kraft treten. **DZB**